BAYERISCHER STÄDTETAG
Verband der zentralen Orte Bayerns

Informationsbrief

Nr. 4/2013
April

- **Städtetag bedauert Verkauf der GBW-Anteile.** Seite 1
- **Erfolg bei Verhandlungen um Kinderbetreuung.** Seite 3
- **Guter Auftakt bei Steuereinnahmen im ersten Quartal.** Seite 4
- **STÄDTETAG 2013: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“.** Seite 5
- **Digitales Bildungsnetz braucht Gesamtansatz.** Seite 6

Impressum
Herausgeber:
Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München
Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70
E-Mail: post@bay-staedtetag.de
Internet: www.bay-staedtetag.de
Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer
Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Städtetag bedauert Verkauf der GBW-Anteile

Der Bayerische Städtetag bedauert, dass das kommunale Konsortium um die Städte München und Nürnberg keinen Zuschlag beim Verkauf des 92-Prozent-Anteils an der GBW AG von der BayernLB erhalten hat. Die kommunale Führung der GBW AG hätte den Schutz der Mieter vor Luxussanierungen und Mietpreissteigerungen auf Dauer sichergestellt. Die Sozialcharta kann das nicht.

Am 8. April 2013 wurde bekannt, dass die BayernLB ihren 92-Prozent-Aktienanteil an der GBW AG mit etwa 32.000 Wohnungen für einen Bruttokaufpreis von 2,453 Milliarden Euro an ein von dem Augsburger Konzern „Patrizia“ geführtes Investorenkonsortium verkaufen wird. Nach Angaben der BayernLB liegt der Nettokaufpreis nach Abzug der Verbindlichkeiten der GBW AG bei 882 Millionen Euro.

Das kommunale Konsortium hatte sich unter enormem Zeitdruck und Arbeitsaufwand im Herbst 2012 mit der ernsten Absicht zusammengeschlossen, die Anteile an der GBW AG zum Schutz der Mieter zu erwerben. Unter der Federführung der Städte München und Nürnberg wurde zusammen mit kompetenter Beratung ein Konzept zum kommunalen Erwerb und zur Fortführung der GBW AG erarbeitet.

Das Konzept orientierte sich an den Standards kommunaler Wohnungsunternehmen und blieb dabei – zu Gunsten der Mieter – deutlich unter den durch die Sozialcharta eröffneten Möglichkeiten.

Wesentlicher Faktor bei der Festlegung eines Kaufpreises sind die künftigen Mietsteigerungen und der geplante Instandhaltungsaufwand bei den Wohnungen selbst. Bei den in den Berechnungen zugrunde gelegten Mietsteigerungen ist das Konsortium deutlich unter dem Rahmen geblieben, den die Sozialcharta ermöglicht. Und bei den Instandhaltungen liegt das Konsortium deutlich über den Vorgaben der Sozialcharta. Beides wäre den GBW-Mietern zu Gute gekommen. Dennoch bot das Konsortium einen wettbewerbsfähigen Preis, der an der obersten Grenze dessen lag, was auf der Basis des Verständnisses einer kommunalen und sozialen Wohnungswirtschaft möglich war.

Für die Bemühungen der Städte, bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Zahl vorzuhalten, ist der Zuschlag an die private Investorengruppe eine schlechte Nachricht. Auch die Ernsthaftigkeit der staatlichen Initiativen zum Mieterschutz ist dadurch in Frage gestellt. Die Investorengruppe um die Patrizia folgt den Prinzipien der privaten Wirtschaft und muss notwendigerweise Gewinnmaximierung zum Ziel haben. Dem sozialen Mieterschutz sind sie nicht verpflichtet. Es bleibt zu bezweifeln, ob es der Staatsregierung gelingt, einen Rahmen zu setzen und Maßnahmen zu initiieren, um bezahlbaren Wohnraum in den Wachstumsregionen zu gewährleisten.

Die Vorgeschichte: Der Bayerische Städtetag hat seit 2009 gefordert, die sozialen Standards für alle Mieter vor dem Verkauf rechtsverbindlich festzulegen. Nachdem die Staatsregierung bis Ende 2011 keinerlei Initiativen zur Absicherung der Mieter unternommen hatte, haben sich alle bayerischen Städte mit mehr als 500 GBW-Wohnungen auf dem Stadtgebiet unter der Federführung des Bayerischen Städtetags im Januar 2012 zusammengeschlossen, um im Rahmen der in Aussicht gestellten exklusiven Verhandlungen die Möglichkeit des Aktienerwerbs zu sondieren. Die für diesen Zweck einberufene Steuerungsgruppe mit Vertretern der Städte und deren Wohnungsunternehmen beauftragte die Deloitte&Touche GmbH zur Prüfung von Möglichkeiten und Risiken einer Transaktion. Am 10. Mai 2012 hat sich eine Verhandlungskommission betroffener Kommunen unter Leitung des Städtetagsvorsitzenden mit Finanzminister Dr. Markus Söder und Vertretern der BayernLB zu Verhandlungen getroffen und die Bereitschaft zum Anteilserwerb signalisiert. Erst die Entscheidung der Europäischen Kommission im Sommer 2012 im Beihilfeverfahren um die BayernLB, dass diese bis 2019 fünf Milliarden Euro an den Freistaat zurückzahlen muss und die Anteile an der GBW AG in einem offenen Bieterverfahren verkauft werden müssten, brachte die Verhandlungen zum Scheitern.

Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in die Arbeit des danach konstituierten Konsortiums um die Städte München und Nürnberg eingespeist. Das kommunale Konsortium ist mit dem Ziel angetreten, über die Sozialcharta hinaus den dauerhaften Schutz der Mieter und der Wohnungsbestände der GBW AG nach den Grundsätzen der kommunalen Wohnungswirtschaft sicherzustellen. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly: „Die Landeshauptstadt München und die Stadt Nürnberg haben im Herbst und Winter 2012 als kommunales Konsortium trotz schwerer Rahmenbedingungen bis zum Schluss am Bieterverfahren teilgenommen. Weitere Kommunen waren bereit, sich zu beteiligen. Die Voraussetzungen für ein offenes Bieterverfahren waren allerdings schwierig: Auf den Immobilienmärkten ist viel spekulatives Kapital unterwegs. Letztlich hatte das kommunale Konsortium gegen das ‚große Geld' offenbar keine Chancen. Es bleibt zu hoffen, dass der Mieterschutz tatsächlich dauerhaft gesichert ist."

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Erfolg bei der Konnexitätsverhandlung um Kinderbetreuung

Finanzierung des Anstellungsschlüssels verbessert

Einen langen Weg haben die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Städtetag zurücklegen müssen, bis ein einvernehmliches Ergebnis über die Finanzierung der Mehrkosten aus dem verbesserten Anstellungsschlüssel in der Kinderbetreuung herausgekommen ist.

Seit Mai 2012 liefen mehrere Anhörungsverfahren zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) und seit September 2012 mehrere Verhandlungsrunden über den Kostenausgleich. Letztlich konnte eine Einigung mit Sozialministerin Christine Haderthauer erreicht werden. Danach übernimmt der Freistaat Bayern 58,25 Millionen Euro jährlich zusätzlich für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen. Die zusätzlichen Mittel werden auch entsprechend den Gehaltsentwicklungen fortgeschrieben.

Anstatt der bisher im Gesetzentwurf des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) vorgesehenen 33 Millionen Euro jährlichen Mehrkosten für die Verbesserung des Anstellungsschlüssels von 1:11,5 auf 1:11,0 Betreuer pro Kind ist die Bereitstellung von künftig 58,25 Millionen Euro jährlich ein Erfolg für die kommunalen Spitzenverbände.

Darüber hinaus kommen den Kommunen aus der Novelle des BayKiBiG weitere Entlastungen zu Gute, zum Beispiel in der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch die Beitragsentlastungen an die Eltern. Bemerkenswert ist aus Sicht der Kommunen vor allem, dass der Freistaat die Mehrkosten erstmals komplett alleine trägt.

Bisher mussten sich die Kommunen grundsätzlich mit 50 Prozent an Mehrkosten durch Standardverbesserungen beteiligen. Dies war auch der Grund dafür, dass eine außerordentliche lange Verhandlungszeit in Kauf zu nehmen war, die sich auch über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung hinaus erstreckt hat. Denn eine gerichtliche Klärung der von Staat und Kommunen zu übernehmenden Mehrkosten im Rahmen einer konnexitätsrechtlichen Auseinandersetzung hätte Risiken in sich getragen und wäre zudem mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer kommunalen Interessensquote ausgegangen.

Bei einzelnen Kommunen kann es auch zu höheren Kosten kommen, sofern sie entsprechende Defizitvereinbarungen geschlossen haben. Unter dem Strich kommt den Kommunen diese Vereinbarung zu Gute, da der Freistaat statt einer Quote von 50 Prozent nun 58,25 Millionen Euro übernimmt.

Durch das Ergebnis wird der staatlich zu zahlende Basiswert ab 1. September 2013 um circa 53 Euro steigen, während der kommunale Förderanteil sich dadurch nicht verändern wird.

Kontakt: julius.forster@bay-staedtetag.de

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken **„Informationsbrief und PR-Mitteilungen“** an, um sich anzumelden.

Gewerbesteuer und Steuerbeteiligungsbeträge

Guter Auftakt bei den Steuereinnahmen im ersten Quartal

Die Ergebnisse der Steuerbeteiligungsbeträge der Städte und Gemeinden sowie das Gewerbesteueraufkommen bei den kreisfreien Städten im ersten Quartal sind ein erster positiver Gradmesser für die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen im Jahr 2013.

Das Gewerbesteueraufkommen (Brutto) bei den kreisfreien Städten im 1. Quartal 2013 beläuft sich auf 1.085 Millionen Euro und liegt deutlich über dem Aufkommen des Vorjahresquartals (+ 30 Prozent). Zuletzt mussten die kreisfreien Städte im Schlussquartal 2012 einen Dämpfer hinnehmen (- 19 Prozent). Dies ergab eine aktuelle Umfrage des Bayerischen Städtetags bei den kreisfreien Städten in Bayern. Die Zahlen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden liegen noch nicht vor.

Die Umfrageergebnisse zeigen insgesamt eine positive, aber stadtbezogen sehr heterogene Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen. Während bei einzelnen Städten eine außerordentliche Steigerung stattgefunden hat, mussten einige Städte zum Jahresauftakt erhebliche Einbußen verkraften. Der höchste prozentuale Zuwachs lag in einer kreisfreien Stadt bei 262 Prozent und dürfte als Einzelfall ein Ausreißer bleiben. Vor diesem Hintergrund muss der starke Aufwuchs von 30 Prozent relativiert werden. Außerdem lagen die Gewerbesteuereinnahmen bei mehreren kreisfreien Städten im ersten Quartal deutlich unter dem Niveau der Quartalsergebnisse aus den Vorjahren. Insgesamt liegen die Gewerbesteuereinnahmen in zehn kreisfreien Städten unter Vorjahresniveau.

Die Beträge der gemeindlichen Steuerbeteiligungen für das erste Quartal waren ebenfalls erfreulich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Beteiligungsbeträge flächendeckend bei den Kommunen ankommen. Das Gesamtaufkommen von 1.794,57 Millionen Euro liegt um rund 7 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresquartals. Beachtlich ist der Zuwachs bei der Beteiligung an der Einkommensteuer um rund 118 Millionen Euro auf 1.507,76 Millionen Euro (+ 8,3 Prozent).

Dies ist ein erster positiver Impuls für das Jahr 2013 und geht konform mit der letzten Steuerschätzung. Der Arbeitskreis Steuerschätzung prognostizierte im November 2012 für das Jahr 2013 einen Anstieg von 5,9 Prozent. Der positive Trend hat sich bereits abgezeichnet, nachdem in den ersten beiden Monaten des Jahres die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer um 7,5 Prozent über dem Vorjahresaufkommen lagen. Dagegen gab es bei den Beteiligungsbeträgen an der Umsatzsteuer und am Einkommensteuerersatz mit einem Aufkommen von jeweils 153,44 Millionen Euro (+ 0,41 Prozent) und 133,37 Millionen Euro (+ 1,06 Prozent) nur marginale Zuwächse.

Fazit: Bei der Einkommensteuerbeteiligung setzt sich der positive Trend aufgrund der grundsoliden Arbeitsmarktsituation fort. Die vom Arbeitskreis Steuerschätzung prognostizierte Steigerung von 5,9 Prozent erscheint aktuell als nicht gefährdet. Das Gewerbesteueraufkommen bei den kreisfreien Städten insgesamt ist eine für Kämmerer erfreuliche Momentaufnahme, lässt aber noch keine Schlüsse für den weiteren Jahresverlauf zu. Das lehrt das Auf und Ab im vergangenen Jahr, in dem das Netto-Aufkommen von 6.093 Millionen Euro (+ 0,5 Prozent) auf Vorvorjahresniveau stagnierte.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2013 in Bayreuth

„Ohne Städte ist kein Staat zu machen“

Der BAYERISCHE STÄDTETAG 2013 steht ganz im Zeichen der Wahlen zum Bayerischen Landtag und zum Deutschen Bundestag. Die Mitglieder des Bayerischen Städtetags treffen sich am 10. und 11. Juli 2013 in Bayreuth zur Vollversammlung. Die Verbandsversammlung hat sich als Motto ein Zitat des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, gewählt: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“.

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags erarbeitet derzeit zusammen mit den Fachausschüssen ein Diskussionspapier mit Forderungen an Bund und Land. Die kommunale Daseinsvorsorge bildet ein Leitmotiv der Forderungen: Städte und Gemeinden stellen hochwertige Infrastruktur und Dienstleistungen für alle Menschen bereit.

Die Kommunen bieten ein breites Angebot kommunaler Leistungen der Daseinsvorsorge, die von der Energieversorgung mit Strom, Gas und Wärme, der Wasserversorgung und Abwasser-entsorgung, dem öffentlichen Nahverkehr bis zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen vom Kinderhort bis zum Gymnasium reicht; Kultur und Sport gehören ebenso zum Spektrum wie der Städtebau, die Planungsgrundlagen zur Stadtentwicklung, der Schutz der Umwelt und die Vorbeugung vor Klimagefahren sowie die Sicherung von sozialen Leistungen.

Zur Erbringung dieses vielfältigen Spektrums der Daseinsvorsorge müssen die Städte und Gemeinden eine leistungsfähige Verwaltung vorhalten. Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im Interesse des Gemeinwohls und auf der Grundlage des verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzips. Um ihren Aufgaben tatsächlich vollständig gerecht werden zu können, benötigen die Städte und Gemeinden eine auskömmliche und nachhaltige finanzielle Unterstützung durch Bund und Land.

Das Tagungspapier, das zum BAYERISCHEN STÄDTETAG 2013 im Juli vorgelegt wird, umreißt einen weiten Bogen, der von Europafragen, Kommunalfinanzen, Energiewende, Bildung, Schule, Kultur und Sport, bis zu Landes- und Regionalplanung sowie Umwelt und Klimaschutz reicht. Darüber hinaus bilden Gesundheit, Soziales und Asyl, Verkehr, städtische Infrastruktur, Städtebau und Wohnungswesen, Sicherheit in den Städten, E-Government, Bürgerbeteiligung und demographische Entwicklung wichtige Aspekte.

Im Rahmen der Tagung werden einzelne dieser Themen bei einer Podiumsdiskussion am Donnerstag, 11. Juli 2013, unter Moderation von Ursula Heller vom Bayerischen Fernsehen vertieft. Vertreten sind unter anderem Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien. Thematische Impulse setzt die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Nürnberg), das Schlusswort spricht der erste stellvertretende Städtetagsvorsitzende Oberbürgermeister Hans Schaidinger (Regensburg).

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de
thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Digitales Bildungsnetz Bayern

Abgestimmtes Finanzierungskonzept muss erarbeitet werden

Finanz- und Kultusministerium entwickeln ein Konzept für ein „Digitales Bildungsnetz Bayern“ (DBB). Bis 2020 sollen alle bayerischen Schulen davon profitieren.

Obwohl Computer und Internet schon längst Einzug in die Schulen gehalten haben, gibt es bis heute keine einheitliche landesweite Infrastruktur mit einem pädagogisch-technischen Gesamtansatz. Das soll sich jetzt ändern. Mit dem DBB verfolgt der Staat ein Gesamtkonzept mit drei Säulen:

Die technische Infrastruktur soll standardisiert werden, pädagogische Inhalte und Lernplattformen sollen zentral bereitgestellt werden und die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung im IT-Bereich sollen verbessert werden. Dadurch sollen die Administration vereinfacht, Kosten gesenkt und die Qualität der pädagogischen Systeme erhöht werden. Bislang dominieren IT-Insellösungen, die im Betrieb fehleranfällig und kostenintensiv sind. Die Federführung für den technischen Teil obliegt dem Beauftragten der Staatsregierung für Informations- und Kommunikationstechnologie, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer.

Derzeit erproben neun bayerische Schulen das technische Infrastrukturkonzept. 2013 und 2014 ist geplant, weitere bis zu 120 Medienreferenzschulen an das Digitale Bildungsnetz Bayern anzuschließen. Von 2015 bis 2020 sollen dann alle 5.800 bayerischen Schulen auf freiwilliger Basis einen Zugang erhalten. In der Anfangsphase übernimmt zwar der Freistaat Bayern die Anschlusskosten für die neun Pilotschulen und die Medienreferenzschulen. Die landesweite Umsetzung des Konzepts auf alle Schulen sieht der Staat allerdings nicht als seine Aufgabe an.

Aus Sicht der Kommunen kann sich der Freistaat seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung angesichts der Dimension der Herausforderung allerdings nicht entziehen. Er ist vielmehr gefordert, ein tragfähiges abgestimmtes Finanzierungskonzept mit den Kommunen zu erarbeiten. Mit dem aus Zeiten von Griffel und Schiefertafel stammenden Schulfinanzierungsgesetz lassen sich die anstehenden Aufgaben nicht dauerhaft bewältigen. In einem Spitzengespräch haben sich der Städtetagsvorsitzende und die Präsidenten der anderen kommunalen Spitzenverbände mit Finanzstaatssekretär Pschierer darauf verständigt, dass ein gemeinsames Finanzierungskonzept erarbeitet werden soll.

Wichtig ist für die Kommunen zudem eine frühzeitige Einbindung bei der Entwicklung der neuen Infrastruktur. Das gilt nicht nur für Hardware, Computernetze und Datenleitungen, sondern auch für die Versorgung mit pädagogischen Inhalten. Das Kultusministerium führt gegenwärtig ein eigenes Projekt „Digitales Lernen Bayern“ durch, um pädagogische Angebote unter dem Dach eines virtuellen Landesmedienzentrums mit dem Namen „mebis“ (Medien, Bildung, Service) bereitzustellen. Derzeit erproben 90 Schulen diese Plattform. Auch kommunalen Schulen muss der Zugang zu dieser Lernplattform ermöglicht werden, und zwar nicht erst nach Abschluss der Pilotphase, sondern von Anfang an.

Kontakt: richard.stelzer@bay-staedtetag.de
manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Bayerischer Qualitätspreis

Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat den Bayerischen Qualitätspreis 2013 verliehen. In der Kategorie „Wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ haben zwei Mitglieder des Bayerischen Städtetags einen Preis erhalten: Die kreisfreie Stadt **Weiden** i. d. Opf. erhält den Preis für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftseinrichtungen, zukunftsorientierten Unternehmen und Dienstleistern im Rahmen des neuen Technologiecampus. Die kreisangehörige Stadt **Rain** am Lech im Landkreis Donau-Ries erhält einen Preis für vielfältige Initiativen der Stadt: Die Jury lobt eine Baulandpolitik, die dazu geführt hat, dass sich viele Firmen im Industriegebiet der Stadt niedergelassen haben.

GAB-Altlastensymposium

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) veranstaltet am 9./10. Juli 2013 in Regensburg ein Symposium: „Altlasten im Süddeutschen Raum“. Beleuchtet werden Themen wie erneuerbare Energien bei Altlasten und Deponien, aktuelle Entwicklungen zu abfallrechtlichen Fragen bei der Altlastensanierung, innovative Sanierungsverfahren, Sanierung von Altablagerungen, Öffentlich-rechtliche Sanierungsverträge und Altlastensanierung in der Praxis beleuchtet. Das Altlastensymposium führt als Plattform für den interdisziplinären Informationsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen. Tagungsprogramm und Anmeldeformular: www.altlasten-bayern.de/aktuell/altlastensymposium-2013. Tel.: 089/447785-13.

Persönliche Nachrichten

Verstorben

ist Altoberbürgermeister **Dr. Michael Stöcker,** Rosenheim.

Geburtstage

Im April 2013 feiern

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Franz Schrank**, Kolbermoor,

den 65. Geburtstag: Bürgermeister **Leonhard Erhard**, Mering, Oberbürgermeister **Dr. Ivo Holzinger**, Memmingen, Mitglied im Vorstand sowie Vorsitzender des Verwaltungs- und Rechtsausschusses des Bayerischen Städtetags, Bürgermeister **Helmut Rausch**, Weißenhorn, Bürgermeister **Bernhard Romir**, Markt Schwaben,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Alois Brundobler**, Bad Füssing, Bürgermeister **Franz Jall,** Dillingen, Oberbürgermeister a. D. **Andreas Knie,** Kaufbeuren, Erste Bürgermeisterin **Ilse Oswald,** Regen, berufsm. Stadtrat **Reiner Prölß**, Nürnberg, Mitglied im Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 50. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Kurt Krömer**, Stein, Bürgermeister **Theodor Pregler**, Unterschleißheim.

Termine

24./25.04.2013	**Forstausschuss** in Schongau
25.04.2013	Arbeitskreis **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** in München
30.04.2013	**Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
13./14.05.2013	**Vorstand** in Berlin – Bayerische Vertretung
17.05.2013	**Pressekonferenz** in München
05.06.2013	**Gesundheitsausschuss** in Weiden
06.06.2013	Arbeitskreis **Finanzen** in Kempten
06./07.06.2013	**Finanzausschuss** in Kempten
11.06.2013	**Bezirksversammlung Schwaben** in Günzburg
11.06.2013	Arbeitskreis **Kommunale Verkehrsüberwachung** in Fürth
12.06.2013	Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
17./18.06.2013	**Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Ismaning
18.06.2013	**Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
19.06.2013	**Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Deggendorf
21.06.2013	**Personal- und Organisationsausschuss** in Nürnberg
21.06.2013	**Sozialausschuss** in Nürnberg
25.06.2013	**Bau- und Planungsausschuss** in Treuchtlingen
28.06.2013	**Schulausschuss** in Augsburg
01.07.2013	Arbeitskreis **Gartenbau** in Schweinfurt
02.07.2013	Arbeitskreis **Vermessung und Geoinformation** in München
09./10.07.2013	**Vorstand** in Bayreuth
10.07.2013	**Pressekonferenz** in Bayreuth
10./11.07.2013	**BAYERISCHER STÄDTETAG 2013** in Bayreuth
18.07.2013	Arbeitskreis **Bestattungswesen** in Nürnberg

23.07.2013	**Bezirksversammlung Oberbayern** in Neuötting
05.08.2013	**Pressekonferenz** in München
24.09.2013	**Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
25.09.2013	**Umweltausschuss** in München
01.10.2013	**Gesundheitsausschuss** in München
10.10.2013	**Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
10.10.2013	Arbeitskreis **Finanzen** in München
11.10.2013	**Finanzausschuss** in München
15.10.2013	**Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
16.10.2013	Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
17.10.2013	**Forstausschuss** in München

abgeschlossen am 17.04.2013

BAYERISCHER STÄDTETAG 2013

am 10. und 11. Juli 2013 in Bayreuth

Ohne Städte ist kein Staat zu machen

Forderungen an Bund und Land

Am Mittwoch, **10. Juli**, treffen sich um 13:30 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen, anschließend findet um 15:30 Uhr die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Bayreuth zum Empfang.

Am Donnerstag, **11. Juli**, steht um 9:00 Uhr die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Ulrich **Maly** (Nürnberg) auf dem Programm. Geplant ist eine Podiumsdiskussion (Moderation Ursula **Heller**, Bayerischer Rundfunk) mit den Spitzenkandidaten der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien. Das Schlusswort spricht der 1. stellvertretende Städtetagsvorsitzende Oberbürgermeister Hans **Schaidinger** (Regensburg).